



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Laura Weber, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Mia Goller, Paul Knoblach, Jürgen Mistol, Stephanie Schuhknecht, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Hitzeschild 2030 für Bayern: Grüne Schattenplätze statt grauer Hitzefallen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

- Aufgrund der Klimakrise nimmt die Hitzebelastung für Mensch und Umwelt deutlich zu.
- Es wird Hitzevorsorge für alle Menschen in Bayern benötigt.
- Dörfer, Märkte und Städte müssen sich der Klimaerhitzung anpassen.
- Innerörtliche Gebiete sind im Vergleich zum Umland oftmals weniger gut durchlüftet, dicht bebaut, stark versiegelt und wenig begrünt. So entstehen lokale Wärmeinseln.
- In sommerlichen Nächten können die Temperaturen um bis zu 7 Grad wärmer sein als im Umland. Gesundheitliche Gefahren für die Bevölkerung sind eine Folge.

Der Landtag stellt weiterhin fest, dass die Kommunen die unmittelbaren Auswirkungen vor Ort kennen, entsprechend können sie am besten Hitzevorsorge betreiben und in Hitzeaktionsplänen verankern. Das heißt:

1. Die geeigneten Maßnahmen für den Bevölkerungsschutz bei Hitze planen und umsetzen, sodass die Krankenhäuser, Alten-, Pflege- und Kinderbetreuungseinrichtungen auf Hitzewellen gut vorbereitet sind, genügend öffentlich zugängliche, klimatisierte kühle Räume verfügbar und bekannt sind, Trinkwasserbrunnen für Alle zur Verfügung stehen und eine Notfallstruktur für die vulnerablen Gruppen vorbereitet und bekannt ist.
2. Die geeigneten Maßnahmen planen, die Kommunen weniger stark aufheizen lassen, indem Frischluftschneisen freigehalten werden, mehr Grünflächen und Beschattung eingeplant und graue Flächen entsiegelt werden.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, die Kommunen aktiv bei der Erstellung dieser Hitzeaktionspläne und deren Umsetzung vor Ort insbesondere durch folgende Maßnahmen zu unterstützen:

- Werbung für die Notwendigkeit von kommunalen Hitzeaktionsplänen
- Unterstützung bei der Erstellung von Hitzeaktionsplänen
- umfassende finanzielle Förderung und intensive Begleitung der Hitzeaktionsplanung sowie deren Umsetzung

Die Staatsregierung wird weiter aufgefordert, in den Regierungsbezirken Stellen zur Hitzeoordination einzurichten. Diese informieren die betroffenen Einrichtungen u. a. bei Hitzewarnungen des Deutschen Wetterdienstes und leiten die notwendigen Maßnahmen.

Schließlich wird die Staatsregierung aufgefordert, vor dem Sommer 2025 eine verbindliche Hitzestrategie „Hitzeschild 2030“ für Bayern vorzulegen sowie Notfallpläne für extreme Hitze und Wasserknappheit in allen Regierungsbezirken.

Begründung:

Durch die Klimakrise steigt die Zahl der „heißen Tage“ mit Temperaturen über 30 °C immer weiter an. Andauernd hohe Temperaturen haben vielfältige Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, besonders für ältere Personen, Schwangere, Säuglinge, Kleinkinder sowie Menschen mit Vorerkrankungen. Denn der Körper muss Schwerstarbeit leisten, um die Körpertemperatur konstant zu halten. In der Folge steigt auch die hitzebedingte Sterblichkeit in der Bevölkerung.

Bei länger andauernden Hitzeperioden kommen viele Einrichtungen mit vulnerablen Personen an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Hier gilt es entsprechende Notfallkapazitäten zu sichern und überregional zu koordinieren.

Hitzeaktionspläne sind eine wichtige Arbeitsgrundlage für Kommunen und ein zentraler Baustein zum Gesundheitsschutz bei steigenden Temperaturen und ein wichtiger Bestandteil von regionalen Strategien zur Klimaanpassung. Sie müssen auf die Regionen zugeschnitten sein, dann sind sie eine Handlungsanleitung, wie Bürgerinnen und Bürger gewarnt und über mögliche Schutzmaßnahmen informiert werden können. Zentral sind sie vor allem präventive Maßnahmen, mit denen sich Kommunen an die veränderten klimatischen Bedingungen anpassen können.

Gerade im ländlichen Raum ist hier eine überregionale Zusammenarbeit in Notfallsituationen gefordert. Insbesondere für die Umsetzung der Hitzeaktionsplanung und in Notfallsituationen ist eine staatliche Koordinationsstelle zur Hitzevorsorge in den Bezirken eine wichtige Einrichtung.

Hitzeschutz muss als Querschnittsaufgabe begriffen werden und erfordert daher die enge Zusammenarbeit verschiedener Akteurinnen und Akteure aus den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Soziales, Stadtplanung und Bevölkerungsschutz. Die Staatsregierung ist als Koordinatorin gefordert, vor dem Sommer 2025 eine Hitzestrategie für Bayern „Hitzeschild 2030“ vorzulegen.